

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Bellagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 1. Oktober 1931 Nummer 158

Das Scharfmacherprogramm der Kapitalisten

Schrankenloser Lohnabbau, Aufhebung aller sozialen Unterstützungen gefordert / Brüningregierung erklärt, daß dies die weitestgehende Unterstützung ihrer Politik bedeutet / Schließt die rote Einheitsfront mit den Kommunisten!

Die führenden Verbände der Großkapitalisten, u. a. der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Hansabund, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Reichsgrundbesitzer-Verband usw. haben der Brüningregierung wieder ihre Forderungen mit einer gemeinsamen Erklärung zugeleitet.

Die Forderungen sind:
1. Ein weiterer umfangreicher Abbau der öffentlichen sozialen Ausgaben, Senkung der Einkommensteuern, Abschaffung der Haussteuer. Die Abschaffung der Haussteuer soll nur den Haus- und Grundbesitzern zugute kommen, die Mieten sollen nicht gesenkt werden.

2. Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse. D. h. es wird ein schrankenloser Lohnabbau verlangt und zu diesem Zweck wird auch der kollektive Arbeitsertrag befristet werden. Das wird eingeleitet in die Forderung nach einer Reform des Tarif- und Schlichtungswesens.

3. Abbau auf allen Gebieten der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung. Der bisherige entsetzliche Abbau aller sozialen Unterstützungen durch die Notverordnung ist also den Kapitalisten noch nicht weitgehend genug, sie werden erst befriedigt sein, wenn alle sozialen Leistungen aufgehoben sind.

4. Senkung der Tarife der Reichsbahn, der Reichspost und der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe für die Großunternehmer und Großkapitalisten.

5. Befreiung des deutschen Geldmarktes vom Druck der öffentlichen fahenden Schulden durch eine Unterwerfung der Gläubigerrechte erfolgreiche Konfiskation dieser Schulden. Diese Konfiskation soll natürlich ganz auf Kosten der wertvollen Bevölkerung gehen, denen neue Massenbelastungen auferlegt werden sollen.

6. Endgültige Beilegung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auch der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.

Die Erfüllung dieser Forderungen wird neue, unermessliche Elend über die wertvollen Massen bringen. Die wirtschaftlich bankrotten Kapitalisten, die schon 4,5 Millionen Arbeitslosen den Zutritt zu den Arbeitsstätten verwehren, wollen die erwerbslosen Opfer einfach dem Hunger ausliefern, indem sie ihnen die Unterstützungen immer mehr kürzen. Die Großhändler, die zur Sanierung ihrer Institute schon über eine Milliarde Steuergelder eingeschoben haben, fordern rückichtslose Senkung der Löhne und Gehälter für Angestellte, und andere Beamte.

In ihrer Erklärung machen die Verbandsführer der Großkapitalisten einen jämmerlichen Versuch, ihre kapitalistische Bankrottwirtschaft zu verteidigen. Sie behaupten mit ungläublicher Frechheit, daß wir in Deutschland bisher nicht die kapitalistische Privatwirtschaft gehabt hätten, sondern den Sozialismus und es hätten dem Kapitalismus die Fehler des Sozialismus nicht so rasch gelegt werden. Dieser „Sozialismus“ sei schuld, daß wir 5 Millionen Arbeitslose haben.

Eine solche ungläubliche Begründung ihrer Forderungen wegen die Großkapitalisten der Öffentlichkeit vorzulegen, wo doch jeder Angehörige des wertvollen Volkes weiß, daß in Deutschland das trasse kapitalistische System regiert. Die Groß-

bankiers, die Hunderte von Millionen Staatsgelder geklaut hat, nennen es Sozialismus, wenn den arbeitslosen Opfern ihrer Bankrottwirtschaft eine lärgliche Arbeitslosenunterstützung gegeben wird.

Dort, wo der Sozialismus wirklich regiert, in der Sowjetunion, sieht es anders aus als im kapitalistischen Deutschland. Dort gibt es keine Arbeitslosen mehr, dort werden Zehntausende von ausländischen Arbeitern und Ingenieuren zugezogen, dort

ist ein kraftvoller Aufschwung auf allen Gebieten zu verzeichnen und Milliardenaufträge werden ins Ausland vergeben. Die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft gegenüber dem kapitalistischen Bankrottsystem kann von jedem Werttätigen festgestellt werden.

Die freien Forderungen der kapitalistischen Verbände gehen aber, daß das wertvolle Volk einen neuen scharfen Angriff auf seine Lebenshaltung gegenübersteht. Die Kapitalisten werden mit gleicher Hand das Rechte nehmen, wenn sie die Macht dazu haben. Deshalb muß sich das wertvolle Volk in geschlossener Front zur Wehr setzen. Diese Gegenwehr kann nur erfolgen unter Führung der kommunistischen Partei, der einzigen Partei, die gegen das bankrotte kapitalistische System kämpft.

Es ist ein kraftvoller Aufschwung auf allen Gebieten zu verzeichnen und Milliardenaufträge werden ins Ausland vergeben. Die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft gegenüber dem kapitalistischen Bankrottsystem kann von jedem Werttätigen festgestellt werden.

Spaltung der SAJ in Dresden

Dresden, 1. Oktober 1931
Die „Dresdner Volkszeitung“ veröffentlicht nachstehende charakteristische Notiz unter der Rubrik „Parteinachrichten“.

„Wähle Gruppenvorsitzende!“
Die Sozialistische Arbeiterjugend hat sich gespalten. Wir bitten die Gruppenvorsitzenden, das Material zu beschlagnahmen.“

Zwei Jellen, die SAJ hat sich gespalten — beschlagnahmt das Material, natürlich mit Hilfe der befreundeten Polizei, das ist alles, was das sozialdemokratische Blatt zu der vollkommenen Zerkleinerung in der SAJ zu sagen hat. Nach dem Ausschluß von Fabian, Wagner und Biedel aus der Sozialdemokratischen Partei nun die offene Spaltung der SAJ! Ein Schlag nach dem andern für die Kest, Edel, Wedel und Co., die mit Hilfe von Polizei versuchen, die Opposition niederzuknurren. Die christlichen sozialdemokratischen Jungarbeiter, die sich von Edel und Empörung erfüllt, von der Politik der Kest und Kest losgelassen haben, müssen den ganzen Schritt tun. Sie würden ein Verbrechen am revolutionären Jungproletariat begehen, wenn sie eine neue Spaltgruppe der Arbeiterjugend gründen würden.

Zwangsschiedspruch im Ruhrgebiet

Mit Hilfe § 48 Lohnabbau diktiert / 8 Zechen unter Führung der KPD im Streik

Berlin, 1. Oktober. (Eig. Meld.)
Die Reichsregierung hat unter dem 30. September die neue Notverordnung zum Kohlenabbau erlassen. In dieser Notverordnung wird zunächst der Kohlenabbau von 7 Prozent für verbindlich erklärt. Darüber hinaus wird die Reichsregierung ermächtigt, die Untertagearbeiten des Steinkohlensbergbaus des Ruhrgebiets und ihre Arbeitgeber mit Wirkung vom 1. Oktober bis

1. November 1931 von der Beitragszahlung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu befreien.“ Das bedeutet nichts anderes als eine Subvention der Regierung an die Kohlenbarone, dies um so mehr, als ausdrücklich in der Verordnung die Regierung diese Maßnahmen auch auf die unter Tage beschäftigten Angestellten und auf andere Steinkohlengruben ausdehnen kann. Den Unternehmern aber schreibt man weitere 3,5 Prozent in Form der ersparten Beiträge der Arbeitslosenversicherung zu.

Die Werttätigen von ganz Deutschland stehen, wie aus Presseberichten hervorgeht, aufs schärfste im Kampf gegen diese Notverordnung, da sie eine weitere Belastung der Steuerzahler zugunsten der Unternehmer bedeutet. Sie werden sich auch durch das Gerede der Sozialdemokraten, es würden „nur“ 3,5 Prozent abgebaut, in ihrem Kampf nicht irre machen lassen.

Elle n, 1. Oktober. (Eig. Bericht)
Gestern abend fanden im Ruhrgebiet eine ganze Anzahl Belegschaftsversammlungen statt, die zum Bergarbeiterkampf Stellung nahmen. Mehrere Zechen haben beschlossen, ab heute in den Streik zu treten.

Bei uns liegen bis jetzt folgende Meldungen vor:
Die Belegschaft der Zeche Kasse zu 4 in Dortmund nahm eine Resolution an, die den Streik für heute beschließt.
Die Belegschaft der Zeche Thullen 4, die 600 Mann beträgt, ist gestern mit 520 Mann in den Streik getreten.
Die Belegschaft Dilsche Delbe beschloß ebenfalls ab heute in den Streik zu treten. Es ist beschlossen, den Streik durchzuführen.

Die Belegschaftsversammlung von Heumühle, die von 1400 Belegschaftsmitgliedern besucht war, beschloß ebenfalls heute in den Streik zu treten.

Die bürgerliche Presse hegt auf das Schamloste auf die kriegstenden Arbeiter. Dresdner Arbeiter schreibt: „Wir, die Zeche, streik im Ruhrgebiet.“ In der heutigen „Völkische“ haben auf einzelnen Schachmanipulationen kommunistische Elemente versucht, die Belegschaft zum Streik zu verleiten.“

Dresdner Arbeiterschaft

Für revolutionäre Einheitsfront!

Überfüllte Massentundgebungen / Ueberritte sozialdemokratischer Arbeiter zur KPD

Gestern abend fanden in allen Stadtteilen Dresdens Massentundgebungen der Kommunistischen Partei statt, in denen das Thema: „Warum rote Einheitsfront?“ behandelt wurde. Schon lange vor Beginn waren das Reglerheim, Friedrichstraße, und Wehles überfüllt, so daß eine Reihe Arbeiter keinen Platz finden konnte. Mit stürmischer Begeisterung wurden die Reden der Referenten aufgenommen.

Ungeduldige Empörung löste die Mitteilung der Redner über die neuen Abbaubestimmungen der Reichsregierung bei den Erwerbslosen und die polizeiliche Belegung der Zechen im Ruhrgebiet aus.

Trotz der Warnungen der Edel, Wedel waren die SPD- Arbeiter außerordentlich stark vertreten. In mehreren Versammlungen, so bei Wehles, im Gasthof Dobriz und im Reglerheim sprachen SPD-Arbeiter.

Duhenbe neue Aufnahmen wurden gemacht. Die Massentundgebungen der KPD fanden reichenden Erfolg. In denselben Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die den

Kampfsollen der Versammelten zum Ausdruck brachten, und in denen sich die Versammelten hinter das Kampfprogramm der KPD stellen, die übergetretenen SPD-Arbeiter begrüßen und die Freilassung der eingekerkerten Genossen fordern.

Das rote Selbsthilfeprogramm fand stürmische Zustimmung. Langjährige organisierte SPD-Arbeiter erklärten mitgerissen von der Begeisterung der Versammlung:

„Welch ein Unterschied zwischen KPD und SPD-Versammlung!“
In fernsten Worten brachten die SPD-Arbeiter ihre Bereitschaft zum Kampf in roter Einheitsfront zum Ausdruck. In Dobriz wurde eine Erhalterin zum Mitteldeutschen Bundeskongress wertvoller Frauen in Leipzig gewählt. Die Versammlungsgäste waren ein voller Erfolg für die Herstellung der roten Einheitsfront, zum Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit. Sie haben bewiesen, die kommunistische Partei marschiert und führt das Volk zum Sieg!